

MME folgt der Konzeption eines offenen Curriculums bzw. offenen Mediensystems. Ein Fernlehrgang muß aber streng zielorientiert aufgebaut sein und, da er einer verzögerungslosen Beeinflussung bzw. Handhabung durch Lehrpersonen entzogen ist, sich zwangsläufig als geschlossenes Mediensystem darstellen. Ein Fernlehrgang kann allerdings auch unterrichtsorganisatorisch geöffnet werden, indem alternative Verhaltens- oder Vorgehensmöglichkeiten angeboten werden (z. B. die Möglichkeit, nach einem Test Lerneinheiten zu überspringen, zusätzlich Literatur heranzuziehen, ein Experiment durchzuführen usw.).

Diesem Prinzip der unterrichtsorganisatorischen Öffnung, das auch eine Ergänzung des Mediensystems und den Austausch von Lerneinheiten einschließt, folgt der Fernlehrgang des BBF.

Mediale Grundlagen des Lehrgangs sind zwei schriftliche und zwei apparative Komponenten:

- ein Medium für den kognitiven Bereich mit programmierten und nichtprogrammierten Informationseinheiten, Fragen und Aufgaben zur Selbstkontrolle sowie integrierten Leitprogrammen, die einerseits die einzelnen Lerneinheiten miteinander verbinden und andererseits den Übergang zwischen den Systemteilen steuern;
- ein zweites Medium für den Arbeits- und Übungsbereich, das Übungsaufgaben, Fremdkontrollfragen und -aufgaben mit Arbeits- und Begleitbogen zur Protokollierung der Lernergebnisse und Lernfortschritte enthält. Außerdem umfaßt dieses Medium die programmierten Übungen, die mit Hilfe der apparativen Komponenten Elektronik-Lehrbaukasten und Oszilloskop durchgeführt werden. Auch das zweite Medium bedient sich integrierter Steuerungselemente mit Arbeitsanweisungen zur Bearbeitung bestimmter Aufgaben oder Experimente. Bei individuellen Schwierigkeiten bieten die Leitprogramme beider Medien Zusatzinformationen oder zusätzliche Übungsaufgaben an.

Für den Teilnehmer ergeben sich durch die verschiedenen Medien zwei Arbeitsbereiche

- Arbeit mit dem kognitiven Teil vorwiegend zur Aufnahme von Informationen, zum Erwerb von Kenntnissen,
- Arbeit mit dem Übungsteil und den apparativen Komponenten des Lehrgangs zur Einübung, Festigung und auch praktisch experimentellen Anwendung des erworbenen Wissens.

Neben den fachlichen Lernzielen sollen durch die gewählte Lehrgangsorganisation auch methodische Lernziele (Schlüsselqualifikationen) erreicht werden. Dazu gehört die Aneignung günstiger Arbeitstechniken oder die Fähigkeit, eine individuell abgestimmte Arbeitseinteilung und Studienplanung auszuarbeiten und danach vorzugehen.

Der Fernlehrgang des BBF will zu einer Lernorganisationsform hinführen, die zunehmend lernergesteuerte Elemente enthält und damit stärker den meist inhomogenen Adressatenkreis von Fernlehrgängen berücksichtigt sowie das dem Fernunterricht meist eigene rezeptive Lernen überwindet.

Nach der Fertigstellung des Lernmaterials wird der Lehrgang in Zusammenarbeit mit privaten Fernlehrinstituten einer Erprobung unterzogen. Dabei soll neben den Medien auch die Durchführungskonzeption überprüft werden.

Zu den Aufgaben des durchführenden Fernlehrinstituts gehört die Verteilung der Lernmaterialien, die pädagogische Betreuung der Teilnehmer, die Einrichtung und Betreuung von Ausleihstationen für Experimentiermaterial und die Organisation und Durchführung von Tests und ergänzendem Nahunterricht.

Eine Begleituntersuchung wird die Ergebnisse der Erprobungsphase festhalten. Sie orientiert sich an der praktischen Verwertbarkeit der Ergebnisse aus dem Modellversuch und bezieht sich auf zwei Ebenen

- einmal sollen Daten gewonnen werden, die der Verbesserung und Weiterentwicklung des Fernlehrgangs dienen. Die Untersuchung betrifft also die Effektivität und Validität des Lernmaterials und der Unterrichtsorganisation mit den Elementen:
  - schriftliche und apparative Komponenten sowie Steuerungselemente
  - Teilnehmerbetreuung
  - Kleingruppenarbeit
  - Direktunterricht
  - Ausleihverfahren für die apparativen Elemente des Lehrsystems
- auf der zweiten Ebene wird die Lernsituation im Fernunterricht unter Berücksichtigung psychologischer und soziologischer Determinanten untersucht. Es sollen z. B. Aussagen gewonnen werden über die Änderung der Lernsituation durch Verwendung programmierter Lern- und Experimentiereinheiten, lernergesteuerter Lehrgangselemente, intensiver Betreuungsformen und der Anregung zur Zusammenarbeit in Kleingruppen.

Während die Begleituntersuchung auf der ersten Ebene hauptsächlich auf eine relativ kurzfristige Überprüfung und Revision des Lernmaterials und der Lehrgangsorganisation abzielt, sollen auf der zweiten Ebene Daten gewonnen werden, die zu einer weitergehenden Verbesserung des Fernunterrichtsangebots beitragen können.

---

## DISKUSSION

---

Ursula Westphal-Georgi

## Zur Erforschung regionaler Berufsbildungssysteme

Der folgende Beitrag gibt eine Einführung in die Probleme regionaler Berufsbildungsplanung. Da die regionale Berufsbildungsforschung noch in den Kinderschuhen steckt, fehlt es an abgesichertem methodischen und theoretischem Wissen. Aufgrund dieser Sachlage werden drei zentrale Aspekte für die Überprüfung und Planung regionaler Berufsbildungssysteme dargestellt: Zum ersten wird gezeigt, aufgrund wel-

cher Umstände regionale Analysen für die politische Planung von großer Relevanz sind. Zum anderen wird darauf eingegangen, welche Instrumente für die Evaluation regionaler Berufsbildungssysteme geeignet sind. Zum dritten werden Ansätze für die Bildung von Indikatoren dargestellt, mit deren Hilfe die Quantität und Qualität des regionalen Ausbildungsplatzangebotes erfaßt werden kann.

## 1. Regionale Berufsbildungsplanung — ein wichtiges Teilgebiet der Berufsbildungsforschung:

In der augenblicklichen bildungspolitischen Situation ist das Fehlen einer ausreichenden Zahl von Plätzen für die berufliche Erstausbildung besonders besorgniserregend. Wenn keine strukturverändernden Maßnahmen eingeleitet werden, so wird sich der Ausbildungsplatzmangel in den nächsten Jahren noch vergrößern [1]. Zur Behebung dieses Mißstandes kann die Berufsbildungsforschung u. a. durch die Analyse und Beurteilung regionaler Berufsbildungssysteme beitragen.

Die Wichtigkeit regionaler Bildungsforschung wird seit Anfang der sechziger Jahre immer wieder betont. Denn es hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß Zielsetzungen der staatlichen Bildungspolitik nur verwirklicht werden können, „wenn die räumlich unterschiedlichen Verhältnisse bereits vorher bei der Erarbeitung der Gesamtkonzeption berücksichtigt oder regional orientierte Maßnahmen vorgesehen werden“ [2]. In den sechziger Jahren bezog sich die Forschungsarbeit ausschließlich auf regionale Unterschiede im allgemeinbildenden Schulwesen und auf die räumlich-geographische Ausprägung schichtenspezifischen Bildungsverhaltens. Das duale Ausbildungssystem wurde bei den Regionalanalysen kaum berücksichtigt. Dies änderte sich erst Anfang der siebziger Jahre durch Arbeiten des IAB [3] und der Kommission Kosten und Finanzierung der beruflichen Bildung [4] sowie durch Gutachten, die für den Bildungsrat erstellt wurden [5]. Einen ersten Überblick über den Stand der Forschung auf diesem Gebiet und die ungeklärten Fragen, deren Lösung für die staatliche Bildungsforschung relevant ist, gibt die Bildungskommission in dem Bericht '75: Entwicklung im Bildungswesen [6].

Die Ergebnisse dieser Forschung zeigen, daß die Bildungswerbung der sechziger Jahre und der Ausbau des allgemeinbildenden Schulwesens in benachteiligten Regionen die Situation der Lehrlinge und Jungarbeiter nicht verbessert hat; im Gegenteil, regionale Unterschiede und schichtenspezifische Benachteiligungen haben sich eher noch vergrößert.

Folgende Faktoren bestimmen auf regionaler Ebene die Qualität der beruflichen Erstausbildung:

- geringe regionale Mobilität der Auszubildenden. Denn die Auszubildenden sind aufgrund ihres altersspezifischen Entwicklungsstandes weitgehend an die Ausbildungsplätze ihrer Region gebunden. Außerhalb ihrer Heimatregion sind soziale Aufwendungen für Wohnheime und pädagogische Betreuung erforderlich. „Ein Faktor, dem besonderes Gewicht zukommt, ist die Überlegung der Eltern, ihre Kinder — die beim Abschluß der allgemeinbildenden Schulen im Durchschnitt 15—16 Jahre alt sind — nicht fernab vom Elternhaus sich selbst überlassen zu müssen. Eher dürften Kinder und Eltern geneigt sein, auf bestimmte Ausbildungsmöglichkeiten zu verzichten“ [7].
- Die Berufsentscheidung wird von dem regionalen Angebot an betrieblichen Erstausbildungsplätzen bestimmt. Von freier Berufswahl kann nur in wenigen Regionen gesprochen werden.
- Die Kommission Kosten und Finanzierung der beruflichen Bildung hat erhebliche räumliche Unterschiede in der Qualität und Kostenstruktur der betrieblichen Ausbildung festgestellt.
- Die Qualität des beruflichen Schulwesens in einer Region ist abhängig von der Finanzkraft der Gemeinden und Kommunen und von ihrer Wirtschaftsstruktur, denn das Angebot an schulischer Ausbildung richtet sich nach dem Erstausbildungsplatzangebot der privaten Träger.
- Es bestehen regionale Unterschiede in der Möglichkeit, Bildungsabschlüsse nachzuholen.
- Das Bildungsverhalten der sozial benachteiligten Schichten, aus denen sich Jungarbeiter und Lehrlinge in der

Hauptsache rekrutieren, hat deutlich erkennbare räumlich-geographische Ausprägungen: So findet sich in Ballungsgebieten die höchste Zahl der Jungarbeiter wegen der relativ guten Verdienstmöglichkeiten. In ländlichen Gebieten werden solche Stellen kaum angeboten, so daß hier eher die „Schwammfunktion“ des Handwerks wirksam wird oder Jugendliche in stärkerem Maße ohne Arbeit und Ausbildungsmöglichkeit sind.

Zusammenfassend läßt sich die regionale Ungleichheit auf folgende Umstände zurückführen: auf die geringe regionale Mobilität der Jugendlichen, auf die Abhängigkeit der Erstausbildungsmöglichkeiten von der regionalen Wirtschaftsstruktur und auf die unterschiedliche Finanzkraft der öffentlichen und privaten Träger der Berufsausbildung.

Die Bundesregierung hat seit 1969 Reformprogramme entwickelt, mit denen sie freie Berufswahl, Chancengleichheit und individuelle Förderung gewährleisten will. Es ist in Ansehung der oben skizzierten regionalen Ungleichheit zu fragen, ob die staatlichen Maßnahmen eine Verbesserung der Ausbildungssituation bewirkt haben, oder ob die regionalen Unterschiede sich verschärft haben und auch die schichtenspezifischen Benachteiligungen zunehmen. Es fehlt bisher an Methoden und Kenntnissen — abgesehen von der unzureichenden Datenlage —, um den Erfolg der staatlichen Reformmaßnahmen auf regionaler Ebene überprüfen zu können. An der Lösung dieser Aufgabe wird im Rahmen des Forschungsprojektes „Evaluation neugegliederter beruflicher und berufsbezogener Bildungsgänge“ des Bundesinstitutes für Berufsbildungsforschung gearbeitet.

## 2. Instrumente zur Evaluierung regionaler Berufsbildungssysteme

Mit der Entwicklung von Beurteilungsinstrumenten beschäftigt sich die Evaluationsforschung [8]. Es ist nachzuprüfen, wie deren Ergebnisse für einen regionalisierten Ansatz in der Berufsbildungsforschung fruchtbar gemacht werden können. Die Evaluationsforschung arbeitet mit den Methoden der empirischen Sozialforschung; aber sie unterscheidet sich von anderen empirischen Forschungsvorhaben dadurch, daß sie einen direkten Anwendungsbezug zur politischen Praxis hat. Denn „der Zweck der Evaluationsforschung ist, die Effekte eines Programms gegen die Ziele zu messen, die es zu erreichen vorhatte, und somit als Mittel zu dienen, zu dem nachfolgenden Entscheidungsprozeß über das Programm beizutragen und die zukünftige Programmplanung zu verbessern“ [9].

In der gegenwärtigen Diskussion werden drei Funktionen dieser Forschung unterschieden

- Evaluationsforschung soll zur Verbesserung von Reformprogrammen und -prozessen beitragen (Optimierungsfunktion),
- Evaluationsforschung soll helfen, Reformprogramme zu legitimieren (Legitimationsfunktion),
- Evaluationsforschung soll Entscheidungshilfe leisten (Dezisionsfunktion).

Eine Evaluation von Reformvorhaben kann in verschiedener Weise durchgeführt werden. Die bekanntesten Formen sind die summative (zusammenfassende) und die formative (gestaltende) Erfolgskontrolle [10].

Diese Methoden zur Überprüfung von neu eingeführten Curricula und kurzlebigen Sozialprogrammen sind in den USA entwickelt worden.

Zur Überprüfung unserer Leitfrage: „Hat die Reformpolitik der letzten Jahre die Qualität regionaler Berufsbildungssysteme verbessert?“, bietet es sich an, auf Methoden zurückzugreifen, die vom IAB vorgestellt wurden [11]. Diese können in modifizierter Form angewandt werden. Es handelt sich um die Kosten-Nutzen-Analyse, Maßnahmekontrolle und Zielerfüllungskontrolle. Diese nehmen den formativen und

summativen Aspekt auf; aber sie setzen andere Schwerpunkte:

— Die Kosten-Nutzen-Analyse wird normalerweise bei der Untersuchung von Wirtschaftseinheiten angewandt. Sie ist dann zweckmäßig, wenn man den Aufwand und die Ergebnisse eines Programms in Geldeinheiten messen kann. Bei der Evaluation wird von folgender Frage ausgegangen: Sind die zur Verfügung gestellten Geldmittel optimal eingesetzt worden? Diese Frage ist bei Reformprogrammen, die in einem komplexen politisch-sozialen Zusammenhang realisiert werden, nur bedingt zu beantworten. Denn das „Zurechnungsproblem“ läßt sich nicht lösen. Es kann zumeist nicht eindeutig erhoben werden, „ob ein gegebener Mitteleinsatz im Hinblick auf einen gemessenen Erfolg erforderlich oder gar optimal gewesen ist, weil nicht mit Sicherheit gesagt werden kann, welche Entwicklung im jeweils konkreten Fall ohne oder bei anderem Mitteleinsatz eingetreten wäre“ [12].

— Die Maßnahmenkontrolle unterscheidet sich von der Kosten-Nutzen-Analyse dadurch, daß sie nicht in Geldeinheiten mißt, sondern evaluiert, welchen quantitativen und strukturellen Beitrag Maßnahmen im Hinblick auf das Ausbildungsplatzangebot bewirken. Bei der Maßnahmenkontrolle lautet die zentrale Fragestellung etwa so: Inwieweit haben die Maßnahmen zur Reform der beruflichen Bildung die Quantität und Qualität des Ausbildungsplatzangebots verändert? Hierbei wird die Frage ausgeklammert, ob diese Maßnahmen für die Veränderung unabdingbar waren oder nicht.

Es ist nicht zweckmäßig, nur einzelne Maßnahmen zu evaluieren, wenn man Aussagen über die Reformpolitik der letzten Jahre gewinnen möchte, sondern es ist erforderlich, eine möglichst umfassende Erhebung durchzuführen. Nur sie erlaubt festzustellen, ob Verbesserungen in Teilbereichen das Gesamtangebot an Ausbildungsplätzen positiv beeinflussen oder ob sie durch negative Entwicklungen in anderen Teilbereichen wieder aufgehoben werden.

— Die Zielerfüllungskontrolle hat allgemeine Aussagen zur Berufsbildungspolitik und die einzelnen Programme zum Gegenstand. Sie untersucht, in welchem Maße Absichten und Intentionen Realität geworden sind. Die zentrale Fragestellung lautet etwa so: Inwieweit sind die in den Programmen genannten Ziele in dem anvisierten Zeitraum erfüllt worden, welche Maßnahmen haben die Zielerreichung gefördert bzw. behindert?

Die hier kurz skizzierten Formen der Evaluationsforschung können aber nicht direkt zur Untersuchung der Programme und der Realität angewandt werden, weil es nicht möglich ist, die bildungspolitischen Ziele und den Erfolg der Maßnahmen unmittelbar an der Realität zu überprüfen. Hierzu bedarf es der Interpretation der Zielvorgaben und der Bestimmung der Erfolgskriterien. Es muß also ein theoretischer Bezugsrahmen gebildet werden, der als Grundlage für die Indikatoren und Kennziffernbildung dienen kann [13].

### 3. Ansätze zur Indikatorenbildung für die Beurteilung des Ausbildungsplatzangebots auf regionaler Ebene

In dieser theoretischen Arbeit müssen hauptsächlich zwei Probleme gelöst werden:

a) Erstens ist zur Operationalisierung des Zielsystems zu klären, wie die Reformziele zu interpretieren sind. Können wir davon ausgehen, daß die reformpolitischen Ziele Chancengleichheit, individuelle Förderung, Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse ... normierend auf die Berufsbildungspolitik wirken, oder ist es realistischer, sie als regulierende Prinzipien zu verstehen?

b) Zum anderen ist zu entscheiden, wie die Indikatoren gebildet werden sollen.

zu a) Edding verweist darauf, daß die Planung in der Bundesrepublik durch „ständigen Kompromiß zwischen konkurrierenden Zielsetzungen gekennzeichnet ist. Auf der einen Seite gibt es verbindliche Rechtsetzungen und Grundsatzforderungen, die zu sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit der Bildungschancen, der beruflichen Entwicklungschancen und auch Gleichheit der regionalen Entwicklung tendieren. Auf der anderen Seite steht das Prinzip der Selbstverwaltung und des Föderalismus. Aus diesem und dem gesamtwirtschaftlichen Ziel, wirtschaftlichen Wachstums bei marktwirtschaftlicher Ordnung folgt „daß Ungleichheit der durch regionale Planung bedingten Lebensverhältnisse gewollt oder doch in Kauf genommen wird“ [14].

In dem hier skizzierten Spannungsverhältnis befindet sich auch die berufliche Bildung. Sie wird auf der einen Seite durch die Gewerbefreiheit und die Wirtschaftsförderung bestimmt und auf der anderen Seite durch die Individualrechte und Sozialstaatsprinzipien. Die gesetzlichen Regelungen zielen insgesamt darauf, laissez-faire und Ungleichheit in Schranken zu halten. Hierbei wollen sie zugleich die Faktormobilität, d. h. freie Initiative, den Wettbewerb und die Selbstverwaltungsrechte erhalten.

Haben nun die Reformziele zur Berufsbildungspolitik in Ansehung dessen, daß sich die Planung durch ständigen Kompromiß konkurrierender Zielsetzungen auszeichnet, einen normierenden oder regulierenden Charakter? Nach den obigen Ausführungen kann man feststellen, daß die Ziele einen regulierenden Charakter haben. Die zentrale Untersuchungsfrage lautet demnach: Wie und in welchem Maße wirken die Reformziele regulierend auf die Gesetzgebungsarbeit und Verwaltungsmaßnahmen?

zu b) Es ist nun zu unterscheiden, von welchem Annahmen bei der Indikatorenbildung auszugehen ist. Was sind Indikatoren? „Indikatoren stellen in den Sozialwissenschaften Ersatzgrößen für nicht unmittelbar wahrnehmbare Phänomene dar. Ein derartiges Phänomen ist z. B. die Versorgung einer Region mit Bildung. Wahrnehmbar ist dagegen das Angebot an Bildungsgängen, an Schulformen, an außerschulischen Bildungsgängen“ [15]. Wahrnehmbar ist auch die Anzahl der Jugendlichen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt die Schule verlassen und dann einen Ausbildungsplatz brauchen. Wahrnehmbar ist darüber hinaus die Verwertung einer Ausbildung auf dem Arbeitsmarkt. Allerdings erfordert es einen erheblichen Forschungsaufwand, diese „Wahrnehmungen“ machen zu können.

Durch die zu bildenden Indikatoren soll erhoben werden, ob die Reformmaßnahmen eine qualifizierte Berufsausbildung für alle Schulabgänger in einer Region bewirkt haben. Die Ziele der Bildungsreform werden also interpretiert als die Forderung nach einem quantitativ und qualitativ ausreichenden regionalen Ausbildungsplatzangebot.

Die Quantität der anzubietenden Ausbildungsplätze ist nach der Zahl der Abgänger von Haupt-, Real- und Sonderschülern zu bestimmen. Denn bei diesen Jugendlichen muß — wie an anderer Stelle schon ausgeführt wurde — eine altersbedingte Unselbständigkeit und geringe Mobilität als Faktor der Berufsbildungsplanung berücksichtigt werden. Es ist zu überlegen, ob ein bestimmtes Quantum der benötigten Ausbildungsplätze für ortsansässige Abiturienten berechnet wird.

Die ermittelten Zahlen über die Schulabsolventen sind in Beziehung zu setzen zur regionalen Ausbildungskapazität der ortsansässigen Betriebe, des öffentlichen Dienstes und der Sekundarstufe II. Es wird

angenommen, daß in vielen Regionen ein quantitatives Defizit an Ausbildungskapazität besteht. Das vorhandene Ausbildungsplatzangebot ist mit Qualitätskriterien zu konfrontieren. Der ausgewiesene Mangel wird in Beziehung gesetzt zu den Förderungsmaßnahmen des Bundes und der Länder. Es ist beabsichtigt, die Effizienz von eingeleiteten und geplanten Maßnahmen an den drei Kriterien: Förderung der regionalen Wirtschaftsentwicklung, der individuellen Bildungs- und Berufschancen und finanziellem Aufwand zu messen. Im analytischen Gebrauch werden die Kriterien gleichgewichtet.

Es wird vorgeschlagen, die Qualität der Ausbildung unter einem formalen und einem inhaltlichen Kriterium zu bestimmen. Auf förmaler Ebene ist zu fordern, daß in jeder Region alle Jugendlichen Gelegenheit haben, ein Ausbildungsverhältnis abzuschließen, das keine qualifikatorische Sackgasse darstellt. Ein besonderes Augenmerk ist auf das Ausbildungsangebot für unterprivilegierte Jugendliche zu richten. Es ist zu überprüfen, ob die Bildungsbenachteiligung für Mädchen geringer geworden ist. Des weiteren ist festzustellen, ob sich die Ausbildungschancen für Sonderschüler verbessert haben.

Unter inhaltlichem Gesichtspunkt ist zu fragen, ob das Ausbildungsplatzangebot vermuten läßt, daß die Absolventen nach Abschluß der Ausbildung eine qualifizierte Beschäftigung im gewählten Berufsfeld finden. Dem könnte entgegenstehen, daß sie eine Ausbildung absolviert haben, die nur geringes Substitutionspotential bietet und in einem Beruf mündet, der nur geringe Kapazität für ausgebildete Arbeitskräfte hat. Als Kriterienkatalog wird vorläufig eine Ausarbeitung des IAB verwandt. Von Schwarz und Stooß wurde ein Ausbildungssortiment von Ausbildungsberufen bestimmt, die langfristig verwertbare Qualifikationen vermitteln [16].

#### 4. Zusammenfassung

- Anfang der siebziger Jahre wurde in der Berufsbildungsforschung erkannt, daß es wichtig ist, einen regionalisierten Ansatz zu entwickeln. Denn die Erforschung räumlich unterschiedlicher Verhältnisse erlaubt es, präzisere Planungs- und Entscheidungsinstrumente für die Berufsbildungspolitik zu erstellen.
- Es wurde eine gravierende regionale Ungleichheit im Ausbildungsplatzangebot festgestellt. Hierfür sind folgende Umstände verantwortlich: die geringe, altersbedingte Mobilität der Auszubildenden, die Abhängigkeit des Erstausbildungsplatzangebotes von der regionalen Wirtschaftsstruktur, die unterschiedliche regionale Finanzkraft der öffentlichen und privaten Träger der Berufsbildung.
- Für die Beurteilung der Effektivität regionaler Berufsbildungssysteme und die Wirksamkeit der Reformmaßnahmen ist auf Erkenntnisse der Evaluationsforschung zurückzugreifen. Verschiedene Formen der Evaluation: Kosten-Nutzen-Analyse, Maßnahme- und Zielerfüllungskontrolle sind geeignet, um den Erfolg der Reformpolitik auf regionaler Ebene zu überprüfen.
- Bildungspolitische Ziele und der Erfolg von Reformmaßnahmen können aber nicht unmittelbar an der Realität gemessen werden. Hierzu ist eine Interpretation der Zielvorstellungen und Erfolgskriterien notwendig. Sie dient als theoretischer Bezugsrahmen für die Operationalisierung und die Indikatorenbildung.
- Die Berufsbildungsplanung zeichnet sich durch einen ständigen Kompromiß konkurrierender Zielsetzungen aus. Den Reformzielen wird demnach keine normierende, sondern eine regulierende Funktion in der Gesetzgebung und Administration zugesprochen. Es werden Quantitäts- und Qualitätsindikatoren gebildet, mit denen zu erheben ist, inwieweit die Forderung nach einer qualifizierten Berufsausbildung für alle Schulabgänger in einer Region realisiert ist.

#### Anmerkungen

- [1] Kühlewind, G.; Mertens, D.; Tessaring, M.: Zur drohenden Ausbildungskrise im nächsten Jahrzehnt — eine Modellrechnung zur Aufnahmefähigkeit des berufsbildenden Bildungssystems für Übergänger aus dem allgemeinbildenden Schulsystem bis 1990 — Nürnberg, Dezember 1975 (als Ms. vervielfältigt).
- [2] Deutscher Bildungsrat: Die Bildungskommission, Bericht '75, Entwicklungen im Bildungswesen, Stuttgart 1975, S. 300.
- [3] Schwarz, K., Stooß, F.: Zur regionalen Ungleichheit der beruflichen Bildungschancen und Vorschläge zum Abbau des Gefälles, S. 127. In: Mitt-AB 2/1973, S. 121—176.  
Stooß, F.: Zur regionalen Ungleichheit der beruflichen Bildungschancen in der BRD, Mitt-AB 2/1971, S. 142—200.
- [4] Grunewald, Kohlheyer: Zur Anhebung der Qualität der Berufsausbildung, Bd. 6, Studien und Materialien der Sachverständigenkommission, Kosten u. Finanzen der berufl. Bildung, Bielefeld 1974. S. auch das Gutachten für die Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel: Regionale Planung berufsbezogener Bildungseinrichtung, Institut für regionale Bildungsplanung, Hannover 1975.
- [5] Angaben über die Gutachten, In: Bericht '75, Entwicklungen im Bildungswesen, a. a. O., S. 495 ff.
- [6] ebd. S. 300 ff.
- [7] Schwarz, Stooß: Zur regionalen Ungleichheit a. a. O., S. 127.
- [8] Einführende Literatur zur Evaluationsforschung:  
— Carol, H., Weiss: Evaluationsforschung, Methoden zur Einschätzung von sozialen Reformprogrammen. Opladen 1974, Westdeutscher Verlag, Reihe: Studienbücher zur Sozialwissenschaft, Bd. 10.  
— Christoph Wulf (Hrsg.): Evaluation, Beschreibung und Bewertung von Unterricht, Curricula und Schulversuchen, München 1972, Piper-Verlag, Reihe: Erziehung in Wissenschaft und Praxis, Bd. 18.  
— Planung und Durchführung der Evaluation von Curricula und Unterricht, Kap. VII, in: Frey u. a. (Hrsg.): Curriculumhandbuch Bd. III, S. 565—822, München 1975, Piper-Verlag.
- [9] Weiss, C. H.: Evaluationsforschung, a. a. O., S. 22/23.
- [10] ebd. S. 38.
- [11] Kohler, H., Reyher, L.: Zu den Auswirkungen von Förderungsmaßnahmen auf regionale Arbeitsmärkte. In Mitt-Ab 1/1975, S. 1—49.
- [12] ebd. S. 4.
- [13] Zu diesem methodischen Problem als informative Grundlage: Rudolf Werner: Methodische Ansätze zur Konstruktion von Sozialindikatoren. In: W. Zapf (Hrsg.): Soziale Indikatoren, Konzepte und Forschungsansätze II, Frankfurt/M., New York 1974, S. 192—216, Campus-Verlag.
- [14] Edding, F.: Finanzierungsprobleme der regionalen Bildungsplanung, S. 160. In: Beiträge zur regionalen Bildungsplanung, Hannover 1970 (S. 159—170), Gebrüder Jänecke-Verlag.
- [15] Zimmermann, H.: Zur Problematik von Bildungsversorgungsindikatoren, BBF, Manuskript 1975.
- [16] Schwarz, Stooß: Zur regionalen Ungleichheit, a. a. O., S. 138 ff.